

Neujahrsbrief 1993

Liebe Freundinnen und Freunde des IFF

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Unsere besten Wünsche für das Jahr 1993 und unseren Dank für Zusammenarbeit und Unterstützung. Nachfolgend wie auch schon im letzten Jahr ein paar Zeilen über uns und darüberhinaus.

Ein Weihnachtsessen

Bei unserem fast schon zum Ritual gewordenen Weihnachtsessen waren diesmal 16 Personen versammelt. 21 wären es, wenn nicht fünf krank bzw im Urlaub wären. Eigentlich könnten wir noch weitere dazuzählen, wie etwa Françoise Domont-Naert in Louvain-La-Neuve, die mit uns das französische CALS-Projekt macht, Simon Johnson in Birmingham, der CADAS an das englische System anpaßt, Benedikt Siebenhaar und Claus Reis, die die neue CADAS-Version bzgl der Sozialhilfe mitzuverantworten haben, Janet Ford, die in Warwick mit uns "Banking for People" redigierte und herausgebracht hat sowie Nick Huls, mit dem wir in Leyden das europäische Projekt zum Verbraucherkonkurs durchgeführt haben. Der Austausch mit der Bankgewerkschaft in Rom mit zwei Besuchen von uns und einem Gegenbesuch artet auch bereits in Zusammenarbeit aus.

Zählt man sie alle zusammen, mit denen das IFF 1992 ständig zusammengearbeitet, die Arbeit koordiniert und Projekte gemacht hat, so kommen wir leicht auf über 30 Personen, die am Tisch hätten Platz nehmen sollen.

Daneben wären noch alle die aufzuzählen, für und mit denen wir gearbeitet haben in Verbraucher- und Wohlfahrtsverbänden und Kommunen. Ich erinnere mich an einen Anruf aus den neuen Bundesländern, wo eine Organisation von uns wissen wollte, was wir zu verkaufen hätten und was das kostete im Verhältnis zu anderen Angeboten.

Spontan antwortete ich, daß wir nichts verkauften sondern Kooperationen bei der Produktion sozialer Dienstleistungen anbieten können. Ich würde ihn gerne umgekehrt fragen, was sie beisteuern können.

Was ist das IFF dann eigentlich?

Von den 30 ist keine Person zur Zeit vollzeit und unbefristet, also in einem "Normalarbeitsverhältnis", angestellt. Der Kern der unbefristet sozialversicherungspflichtig Angestellten ist gleichwohl auf 7 gestiegen. Die anderen sind studentische Hilfskräfte und extern über Werkvertrag verbundene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Hamburger Institut gibt es ab 1993 auch keine befristeten Arbeitsverhältnisse mehr. Zum weitersagen: Ab 1993 suchen wir auch dringend eine Juristin/einen Juristen.

Ich denke wir sind ein Arbeitsnetzwerk, bei dem wir versuchen, die selbständige Arbeit möglichst vieler Individualisten und Individualistinnen so zusammenzustellen, daß insgesamt etwas Vorzeigbares dabei herauskommt. Nur weil dies letztlich von allen so empfunden wird, ist es möglich, daß das Institut auch ohne die ständige Präsenz eines Geschäftsführers und Verwaltungsleiters so viel schafft, daß die Diskussion darüber, ob man es in der Verbraucher- und Sozialszene braucht, inzwischen Gott sei Dank vorbei ist.

Eine solche Struktur, die immerhin Leistungen hervorgebracht hat, die in unserer grünen Broschüre 1992 (Sicherheit und soziale Verantwortung) dokumentiert sind und nicht nur bei unseren Freunden Anerkennung gefunden hat, geht oft an den Rand unserer Kräfte. Ich bedaure, daß wir es auch 1992 nicht geschafft haben, in aller Ruhe das Jahr ausklingen zu lassen. Der Stress mit zwei von uns mitorganisierten Konferenzen in Frankfurt und Birmingham, vier weiteren laufenden internationalen Projekten mit Brüssel, Paris, Birmingham und Dublin, dem Aufbau des BankWatch-Systems in Deutschland und in Europa, Neuentwicklungen der gesamten Datenbanken sowie jeweils neuen Versionen unserer EDV-Programme sowie einem vollständig neuen Baufinanzierungsüberprüfungsprogramm und nebenbei noch drei Büchern, Broschüren, zwei Rechtsgutachten und vielen Aufsätzen hat bei allen und auch bei mir Spuren hinterlassen. Was das Durchhalten erleichtert hat war für mich das außerordentlich verbesserte Verhältnis von Aufwand und Ertrag.

Wenn wir in dieser Beziehung etwas für 1993 verbessert haben, so scheint es mir doch, daß das auf uns wartende neue Chaos geordneter erscheint.

Ein neuer Partner, der Luchterhand Verlag im "Vertrieb", tritt neben unsere bisherige Partnerin ETA-Soft in der "Produktion". Die Finanzplanung ist so weit gediehen, daß unsere Prognosen über Liquidität und Finanzsituation sich der Wirklichkeit allmählich annähern und für 1993 mehr Stabilität voraussagen.

Produktives Chaos

Das Modell für das Institut ist, und ich hoffe, daß jetzt nicht gleich wegen der vermeintlichen Selbsteinsicht mißverständlicher Beifall aufkommt, das Modell eines "produktiven Chaos".

Chaos, darunter verstehe ich eine Struktur der Zusammenarbeit, in der nicht von vornherein klar ist, wer was macht, was dabei herauskommt und wohin der Weg geht. Das Chaos existiert als Voraussetzung, keineswegs als Ziel. In dieses Chaos hinein gibt es Inputs, gezielte, gewollte aber auch ungewollte, von Dritten gesteuerte, emotionale, finanzielle, ganz neben der Sache liegende. Was in Unternehmen häufig schön säuberlich getrennt zwischen Öffentlichkeit, Aktionären, Management, Kunden, Betriebsräten, Gewerkschaft und Staat aufgeteilt ist, scheint bei uns im IFF häufig im selben Kopf, in derselben Arbeit zu kumulieren. Soziales Engagement, betriebswirtschaftliche Kalkulation, Arbeitnehmerinteressen, unternehmerische Initiative, all das geht häufig durcheinander, wird von denselben konträr vorgebracht oder zumindest gedacht. Beteiligt sind unsere Kooperationspartner in Verbänden, Journalistik und Staat.

Was ich an dem System liebe, ist seine Kreativität, die uns auch dieses Jahr wieder erstaunlich viel Neues vermittelt hat. Was an dem System schwer auszuhalten ist, ist das Problem, daß das durch Versuche und Inputs und weniger durch Befehle und Normen gesteuerte Gesamtsystem häufig nur schmerzhaft Strukturen annimmt, die dann auch ein eindeutiges Ergebnis erlauben. Wenn von außen der Vorwurf kommt "Warum habt ihr uns nicht vorher informiert?", so wird kaum verstanden, daß wir häufig auch uns selber nicht eher informieren konnten.

Viele persönliche Konflikte könnten wir uns wahrscheinlich durch eine vorgegebene Ordnung, ein Streben nach stetigen Dienstleistungsangeboten und sicheren Einnahmenquellen ersparen. Aber wären wir dann nicht etwas anderes?

Eigentlich sehe ich in der augenblickliche Zeit um uns herum eine ähnliche Situation. Gewohnte Denkstrukturen wie Keynesianismus, Sozialismus, Manchester-Liberalismus oder die soziale Marktwirtschaft taugen kaum noch. Für die Planwirtschaft ist das inzwischen klar. Für die soziale Marktwirtschaft werden wir es merken, wenn gesamteuropäische Effizienz den Sozialstaat plattwalzt. Daß das alles auf das Konto Wiedervereinigung gebucht wird, ist wohl eher ein ideologischer Trick. Geißler's "Neue Armut" wurde vorher geschrieben. Ein Zurück in Gesamtpläne gibt es nicht. Was bleibt da anderes übrig, als, will man die Zukunft nicht abgeben, bescheiden in das Chaos zu investieren und zwar dort, wo es kleine Chancen für produktive Strukturen gibt?

Beispiel: Baufinanzierung

Wir haben in diesem Jahr vor allem den Wohnungsmarkt beharkt. Die Grundstückspreise steigen ins Unermeßliche, die Windfall-profits halten die grund"fragment"besitzende Mittelklasse (noch) bei der Stange, die Baupreise

schließen sich an und damit entfernt sich das Wohnen von den Menschen. Die Grundstücke werden auf diesen Spekulationszuwachs hin von den Banken zu 100 bis 130% beliehen. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die schlicht wohnen wollen und die Rendite der anderen dafür nicht mehr bedienen können. Die Steuergesetzgebung belohnt mit Milliardensubventionen den Kapitalabzug aus der Wohnungswirtschaft, wenn mit 10e Abschreibungen oder Disagio-Abzug Schein-Investitionen honoriert werden, obwohl in Wirklichkeit nur bestehender Wohnraum zu immer höheren Preisen hin und her geschoben wird. (Ein Wohnblock mit 24 Wohneinheiten, der in Hamburg für 2,5 Mio DM verkauft wurde, erzielte nach Umwandlung $24 * 500.000.- DM = 12 Mio DM$ staatlich subventionierten Kaufpreis. Das Geld steckte der stolze Erwerber in Spekulationspapiere. In Leipzig werden mit einem qm-Preis von 5000.- DM Wohnungen gebaut, die über Steuersubventionen des Staates zur Hälfte praktisch bezahlt werden. Die wirtschaftliche qm-Miete bei Fremdfinanzierung errechnet sich bei diesen Preisen von vornherein auf $9\%/12 * 5000 = 38.- DM/qm$ Monat zzgl Wohngeld) Der Staat muß und wird schließlich einspringen, wenn die Banken die Quittung für die Überbeilehung der Grundstücke präsentieren, wie gerade Norwegen und Finnland deutlich machen. Kurz der Wohnungsmarkt ist ein Chaos, auch dann, wenn man die neuen Bundesländer gar nicht erst einbezieht.

Wo können hier "Inputs" ansetzen? Zurück zu einer staatlichen Wohnungsbaupolitik à la sozialer Wohnungsbau mit Fehlbelegung und Sozialmieten über 15.- DM qm? Vorwärts zu Investitionsanreizen für privaten Wohnungsbau mit Eigentumswohnungen und Umwandlungen?

Wir versuchen im IFF irgendwo an dem Räderwerk anzusetzen, ein paar Zahnräder sichtbar zu machen, ein paar Kräfte in diesem Chaos in die gleiche Richtung zu lenken, ein paar Informationen zusammenzustellen, Bewußtsein zu organisieren. Unser Credo ist dabei: der Schlüssel zur Verteilung von Grund und Boden zu Wohnzwecken liegt in der Wohnungsfinanzierung. Dabei muß individuelle Profitgier unter soziale Kontrolle: Wertzuwachsbeschränkung, Baupreisekontrolle, Recycling von Wohnungskapital in den Wohnungsmarkt, kollektive Selbstfinanzierung der Wohnenden, flexible Wohnformen und sozial akzeptable Wohnkonzepte für die Innenstädte etc sind einige Ideen. Es ist ein komplexes Räderwerk, das im Profitrausch die Selbststeuerung verloren hat. Die Vision ist, daß durch konstante Versuche, an einer Stelle irgendwo Wasser zu kanalisieren, Strukturen und Angebote zum Mitmischen für Wohninteressen anzubieten, sich Kettenreaktionen ergeben, die eine Art neues ökologisch-soziales Wohnsystem andeuten, dessen Gestalt wir weder vorausahnen noch sehen können. In diesem Sinne werden 1993 gleich drei Publikationen zur Umwandlung in Eigentumswohnungen, Risiko Baufinanzierung und Wohnungsfinanzierung in den neuen Bundesländern von uns neben der neuen Baufinanzierungssoftware erscheinen.

Beispiel: EG

"It's a mess" würde man in Englisch sagen. Die Wirtschaftspolitik der EG ist eine Dampfwalze der bereits international tätigen Großunternehmen, die allein in der Lage sind, die Brüsseler Bürokratie mit Konzepten, Informationen und praktikablen Modellen zu versorgen. Das Europa-Parlament ist ein Witz. Die einflußlosen, stimmrechtslosen, öffentlichkeitslosen Pendelabgeordneten zwischen Straßburg, Luxemburg und Brüssel wissen, daß sie nur etwas werden bzw bleiben können, wenn sie möglichst wenig in Brüssel sind. Damit fehlt der soziale Ansprechpartner in Brüssel. Wo die Kommission mit sozialen Gruppen zusammenarbeitet, dort ist es eher Almosen denn politischer Relevanz.

In den Bankrechts- und Versicherungsrichtlinien gibt es das Wort "soziale Verantwortung" nicht mehr. Das ganze liegt daran, daß die europäische Basis fehlt. Soziale Organisationen und vor allem die Menschen denken zu kleinkariert, national. Sprachbarrieren und Egoismus tun ein Übriges. Sicherlich, das schlechte Gewissen treibt das Wort "Europa" in jedes Veranstaltungsprogramm aber was wird dann dort geboten? Vielleicht hat auch hier die Dialektik recht. Ohne das Europa der Dampfwalze wird keiner aufwachen. Deshalb gibt es keine Alternative. Allein schon wegen der Währungsspekulationen, die unsere Staaten ca. 30 Mrd. DM gekostet hat, muß es Europa geben. Wir sind für Europa, wollen es aber so nicht, wie es uns übergestülpt wird, weil es viel soziales und kulturelles Porzellan zerschlagen wird. Doch wenn wir es verhindern, was mit einigen Strömungen zur Zeit möglich erscheint, fallen wir in das Problemlösungspotential des 19. Jahrhunderts zurück, d.h. werden unseren Kindern ein System an die Hand geben, mit dem sie die Probleme des 3. Jahrtausend nicht werden meistern können.

Das IFF verfolgt ein (zur Zeit eher utopisches) Konzept des "Europa von unten". Praktisch heißt das, das diejenigen miteinander arbeiten sollen, die die Arbeit auch wirklich in den nationalen Staaten tun und nicht per se die Europareferenten, Europaredner, Europadelegierten. Wir bauen Projekte über persönliche Kontakte auf. Das hat sich bewährt, weil ein engagierter Drucker in einer griechischen Sozialorganisation letztlich mehr für Europa bringt als das Festessen mit den Vorstandsmitgliedern. Natürlich müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Ländern sich dann in ihren Organisationen auch zur Spitze hin durchsetzen. So ist es gelaufen in Frankreich und Großbritannien, in Belgien und Italien, in Holland und Norwegen, in Finnland und Österreich. Wir arbeiten mit Freunden zusammen, die etwas gemeinsam wollen und die teilweise ja auch Mitglieder unseres kleinen 12 Köpfe IFF-Vereins sind. Das spüren wahrscheinlich auch die offiziellen Institutionen, von denen wir inzwischen trotz unserer kritischen Haltung viel Unterstützung erhalten.

Das ambitionierteste Projekt ist jetzt die Zusammenfassung aller dieser Kontakte in "European BankWatch", einem internationalen Informationssystem über Banken und Versicherungen, das eine moralische, ethische, ökologische und soziale Steuerung der Finanzsysteme voranbringen will. Mit einer Konferenz in Bergamo, Italien, wollen wir für Herbst 1993 unter dem Thema "Bankensicherheit und Verbraucher in Europa" für die nationalen Intitiativen, wie sie zur Zeit in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien bestehen, einen Koordinationspunkt setzen. Die englische Intititative zählt inzwischen ca. 18 Organisationen, die deutsche eine ebenso große

Anzahl. Wir suchen hierzu noch weitere Partner, die sich auch, wie schon bei der Hamburger Konferenz 1989, finanziell beteiligen.

Neue Strukturen im IFF

Die neue IFF-Struktur ist in unserer grünen Broschüre ausführlich beschrieben. Die 12 Mitglieder des IFF e.V. (noch ist die Namensänderung nicht ins Vereinsregister eingetragen) sind alles Einzelpersonen (1/3 Ausland, 1/3 Verbraucherverbände, 1/3 Wohlfahrtsverbände und Wissenschaft), die schon dauerhaft mit dem IFF zusammenarbeiten. Dem Vorstand gehören Rüdiger Wanke (1. Vorsitzender), Pat Conaty (Birmingham) und Rainer Huhs (Berlin) an.

Ab Januar wird der Luchterhand Verlag unsere EDV-Programme sowie Schriften einschließlich des neuen monatlichen Informationsdienstes "BankWatch" vertreiben. Es wird ein einheitliches Signet geben. Vielleicht werden einige meinen, daß das IFF damit kommerziell wird. Wenn dies nur bedeutet, daß wir die Arbeiten, die andere effektiver als wir machen können (Vertrieb, Abrechnung, Marktinformation), weggeben, so ist dies ein Kompliment. Programme verschicken, Gutachten kopieren, den alten VIF-Infodienst mit dem Kopierer erstellen, Kundenanfragen bearbeiten, dies alles hat unser kleines Büro total überlastet. Wir erhoffen uns, mehr Freiheit für unsere eigentlichen produktiven Aufgaben zu bekommen. Die Einbußen bei den Einnahmen müssen über mehr Nutzer und Kosteneinsparung bei uns kompensiert werden. Die bisherigen Vorbereitungen mit dem Verlag waren so konstruktiv und gut, daß wir zuversichtlich sind, das beiderseits ausgemachte erste Probejahr zu überstehen.

Das IFF bleibt nach wie vor ein gemeinnütziger Verein.

Daß wir ein Finanzdienstleistungsinstitut und kein Sozialhilfeeinstitut werden ist Teil unserer Ausrichtung, wonach entweder das Finanzsystem der Zukunft soziale Funktionen übernimmt oder aber die Gesellschaft endgültig in Geldbürger und Almosenempfänger zerbricht. Deshalb freut es uns auch, daß wir nicht nur bei Sozialarbeitern und Verbraucherberatern des öffentlichen Bereichs sondern auch in der privaten Wirtschaft Beachtung finden, wie das Interesse der Zeitschriften Capital, Cash, DM und Finanztest sowie der Wirtschaftsredaktionen anderer Medien an unserer Arbeit deutlich macht. Mit einem ersten Besuch bei einer Bank (Commerzbank) haben wir uns auch offiziell vorgestellt. Weitere sollen folgen.

Schuldenberatung

Mit zu dem neuen Konzept gehört es auch, daß das IFF in den Bereichen der Zusammenarbeit mit Schuldenberatungsstellen, die bisher mehr Kosten als Einnahmen hervorbringt, neue Wege geht. Wir wollen Kommunen und Verbänden die Einrichtung und Betreuung von Schuldenberatungsstellen vorschlagen mit regelmäßiger Schulung, EDV-Ausrüstung, Anfertigen eines Jahresberichts unter

Auswertung der Daten für diese Stellen sowie Anlernen des Personals. Wir sind überzeugt, daß wir mit unserer Erfahrung und unseren Mitteln effiziente Schuldenberatungsstellen in erheblich kürzerer Zeit aufbauen können als wenn dies den neu eingestellten Bearbeitern allein überlassen bleibt. Auch der regionale regelmäßige Bildungstreff von Schuldenberatern würde uE nicht schaden. Was in der Wirtschaft gilt, daß spezielles know how sich rentiert, auch wenn es extra bezahlt werden muß, sollte auch für den sozialen Bereich gelten. Die Idee dieses "Franchising" Angebots haben wir von unseren Freunden in Birmingham, die die englischen Stellen in dieser Weise erfolgreich aufbauen.

Gerade in den neuen Bundesländern aber auch bei Kommunen hoffen wir auf Resonanz. Wenn schon im IFF auch für andere Zwecke das einschlägige juristische, ökonomische, soziale und EDV-Wissen angeeignet und gespeichert wird, dann sollten wir es auch konzentriert anbieten können.

Zu dieser Anstrengung gehört auch unser Vorhaben, mit den Verbraucherverbänden sowie denjenigen Wohlfahrtsverbänden, die Interesse haben, zusammen einen jährlichen Sozialbericht zu privaten Schulden anzufertigen. Der erste wird 1993 erstellt werden. Er soll eine Art Jahrbuch der Überschuldung werden.

Aussichten

Zum Abschluß will ich noch selektiv aus einem Buch zitieren, das erhebliche Zukunftsphilosophie enthält, leider aber schon im nächsten Jahr in eine "modernisierte" Neuauflage geht, die nicht nur Gutes verheißt.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." heißt es zu Anfang dieses Buches. Für unsere Ausländer steht dort: "Niemand darf wegen seiner Abstammung, Rasse, seiner Heimat und Herkunft benachteiligt werden." "Vereinigungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten." "Politisch Verfolgte genießen Asyl". "Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen." "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind unter Strafe zu stellen." "Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden."

Die Arbeitspflicht für Überschuldete im Entwurf des Verbraucherkonkurses der Bundesregierung stößt in dem Buch auf den Satz: "Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden." Für den Wegfall und die Kürzung des Kindergeldes, der Sozialhilfe, sowie bzgl der Mithaftung vermögensloser Ehefrauen im Bankkredit meint das Buch: "Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft." Einer Wirtschaftspolitik, die Investitionsanreize über Sozialkürzungen

finanziert, steht die Definition, daß die "Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Bundesstaat ist." gegenüber.

"Die Wohnung ist unverletzlich." wendet sich das Buch nicht nur an Grundbesitzer. Zu denen gewandt steht dort: "Grund und Boden können in Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden." Für alle Vermögenden und vor allem die Geldbesitzer heißt es: "Eigentum (sprich Vermögen U.R.) verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." Dem Bund wird die konkurrierende Gesetzgebung zur "Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung" anvertraut.

Das Buch meint für den Telefonverkehr, daß "das Post- und Fernmeldegeheimnis unverletzlich ist." Präventive Lauschangriffe bei allen Bürgern sollen demgegenüber bei Geldwäsche eher als eine Bankenüberwachung zugelassen werden.

Bei den Maastrichter Verträgen, die deutsche Hoheitsgewalt an eine Verwaltung in Brüssel delegiert, der ein gewähltes Parlament allenfalls als Berater zur Seite steht, vermerkt das Buch: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt."

"Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt." hält es denjenigen entgegen, die überstürzt deutsche Soldaten dorthin schicken wollen, wo ihr Fehlen bislang jedenfalls noch nicht aufgefallen ist.

Wir wollen uns für 1993 wenigstens einen Wunsch in dem Buch zu eigen machen: "In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden."

Ob er in Erfüllung geht werden wir sehen. Damit alles Gute

Ihr Udo Reifner